

Beschlussprotokoll des Zukunftsparteitags der SP Schweiz

Samstag, 3. Dezember 2016 in Thun

Vorsitz: Christian Levrat
Protokoll: Carsten Schmidt, Simon Roth
Anwesend: rund 550 Delegierte und 90 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen des Parteitags werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnung des Parteitages

Der Parteitag wird von Präsidiumsmitglied **Beat Jans** eröffnet. Es folgt die Eröffnungsrede von Bundesrat Alain Berset.

2. Geschäfte zum Ablauf des Parteitages

Mitteilungen

Leyla Gül weist auf die Stände im Foyer hin und empfiehlt, diese zu besuchen.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

StimmzählerIn	VertreterIn
Manuel Märklin	Maya Dörig
Christian Käch	Claudio Marti
Lukas Wiss	Markus Christen
Mark Roth	Pascal Bassu
Beat Ettlín	Hubert Rüttimann
Clément Borgeaud	Cécile Nouvet
Marcel Mesnil	Benoit Piller
Murat Erdeniz	Ali Korhamaz
Rosmarie Egli	Ruedi Heimlicher
Jon Carabain	Daniel Tapernaux
Jörg Frey	Peter Kuhnert

Beschluss des Parteitags: Stimmzählende werden wie runtergelesen gewählt.

Genehmigung der Geschäftsordnung

Redezeit: Max. drei Minuten für die Antragsstellenden, ebenfalls max. drei Minuten für die übrigen RednerInnen.

Ordnungsanträge müssen vor dem Traktandum eingereicht werden.

Ordnungsanträge auf Beschränkung der RednerInnenliste werden je nach Verlauf der Debatte durch den Tagungsvorsitz gestellt.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Vor Beginn des vorherigen Traktandums einreichen.

Beschluss des Parteitags: Die Geschäftsordnung wird genehmigt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss des Parteitags: Karin Mader wird gewählt.

Wahl Präsident des Wahlbüros

Beschluss des Parteitags: Linda Bär wird gewählt.

Traktandenliste

Beschluss des Parteitags: Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Gastreferat Olaf Scholz

Rede Olaf Scholz, Bürgermeister von Hamburg und Vizepräsident der SPD.

4. Protokoll ordentlicher Parteitag 2014

Genehmigung des Beschluss-Protokolls des ausserordentlichen Parteitages vom 14. Februar 2015 in Martigny. Dieses kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss des Parteitags: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

5. Genehmigung Berichte

Genehmigung des Geschäftsberichts 2014-2015. Dieser kann unter www.spschweiz.ch/parteitag heruntergeladen werden. Ausserdem kann er beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss des Parteitags: Der Geschäftsbericht wird einstimmig genehmigt.

6. Begrüssung der internationalen Gäste

Leyla Gül begrüsst nahezu 100 ausländische Gäste. Darunter

- Zahlreiche Botschafterinnen und Botschafter
- Vertreterinnen und Vertreter von Schwesterparteien
- Fast 20 Mitglieder unserer eigenen internationalen Sektion

7. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/161203_rede_levrat_thun_layout_de.pdf

8. Wirtschaftsdemokratie

Gastreferat Prof. Dr. Ulrich Brand: Ulrich Brand legte in seinem Referat dar, welche Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie beim notwendigen sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft zukommt. Es braucht ihm zufolge eine Ausweitung demokratischer Verfahren und Prinzipien (Stichwort Mitbestimmung) auf die Wirtschaft, damit aus der „halbierten“ bürgerlichen Demokratie, wie wir sie heute kennen, eine komplette Demokratie werden kann. Als Vision kann Wirtschaftsdemokratie dazu dienen, das ideologische Gefängnis der vermeintlichen Alternativlosigkeit aufzubrechen. Die konkrete Umsetzung wirtschaftsdemokratischer Politik muss, so Brand, im Zusammenspiel von Parteien, Gewerkschaften und weiteren Akteuren geschehen.

Einspielen Film (<http://wirtschaftsdemokratie.ch/>)

Eintretensdebatte Barbara Gysi für das Präsidium: Barbara Gysi führt ins Thema ein. Sie weist auf die grosse Unzufriedenheit breiter Bevölkerungsschichten, welche fehlgeleitet zu Wahlsiegen von Trump und anderen und Abstimmungen wie dem Brexit führt. Wirtschaftsdemokratie ist ein Teil der Antwort darauf. Entgegen den Einschätzungen der Bürgerlichen ist demokratische Mitbestimmung ein grosses Bedürfnis. Sie zeigt insbesondere anhand der Geschichte des Diskurses zur betrieblichen Mitbestimmung auf, wie weit sich die politischen Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten verschoben haben. (Link zur Rede)

Diskussion und Behandlung von Antrag A-1 (Eintretensdebatte)

A-1: Pascale Bruderer (Baden): Rückweisungsantrag

VotantInnen pro und contra: Pascale Bruderer, Eric Nussbaumer, Muriel Waeger, Luc Rochat, Hans Stöckli, Jacqueline Badran, Peter Olibet, Andrea Ghisletta, Evi Allemann, Tamara Funicello, Marcel Züger, Carlo Lepori, Yves Noël Balmer, Günter Baigger, Andreas von Gunten, Leo Keller, Claude Janiak, Mattea Meyer, Werner Kallenberger, Martin Imboden, Yvonne Beutler, Tim Cuenod, Arnaud Thierry, Susanne Leutenegger Oberholzer, Mathias Reynard, Daniel Jositsch, Cédric Wermuth. Beat Jans für die GL.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Positionspapier ist eine Fortführung und teilweise Weiterentwicklung des mit dem aktuellen SP-Parteiprogramm vorgegebenen Weges. Gemäss unserem Parteiprogramm, das für uns eine Art Verfassung darstellt, setzt sich die SP für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ ein, nicht für das Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“. Dies ändert freilich nichts daran, dass die SP eine vielfältige Partei ist und sein soll.

Die Stossrichtung des Positionspapiers hat jedoch nichts mit einer etatistisch-autoritären Wirtschaftspolitik zu tun, von der man sich historisch mit dem Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ abgrenzen wollte. Im Gegenteil kommt im Papier der unternehmerischen Initiative von unten, der individuellen Verantwortung oder dem sinnvollen Zusammenspiel von „Staat“ und „Markt“ eine wesentliche Bedeutung zu. Ein dirigistischer Ansatz wird nicht erkannt.

Allerdings nimmt das Papier ganz klar und bewusst Abstand von der dominierenden Art und Weise, wie heute gewirtschaftet wird. Und dies aus guten Gründen. Die heutige Wirtschaft ist weder demokratisch, noch ökologisch, noch solidarisch. Nicht in Bezug auf die Schweiz, noch viel weniger in einem globalen Kontext. Das Papier zeigt einige (nicht alle!) Möglichkeiten auf, diese Situation zu verändern. Und es tut dies durchaus im Bewusstsein, dass die aus Gerechtigkeits-, Solidaritäts- und Nachhaltigkeitsgründen angezeigten Veränderungen nicht alle einfach im Wohlfühlmodus (Win-Win-Lösungen) erreicht werden können. Gleichzeitig werden aber auch konkrete Möglichkei-

ten für VertreterInnen kommunaler und kantonaler Exekutiven aufgezeigt, in ihrem politischen Einflussbereich zivilgesellschaftliche resp. unternehmerische Initiativen zu unterstützen und damit einen praktischen Beitrag an den Einsatz der Partei für eine „sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“ zu leisten.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt resp. der Wirtschaft ist tatsächlich eine äusserst relevante Entwicklung. Im Papier wird in der Einleitung darauf eingegangen, Punkt 20 nimmt die Thematik ebenfalls auf. Hinzu kommt, dass die SP Ende 2015 ein Internetpapier verabschiedet hat, das auch wirtschaftspolitische Fragen aufnimmt. Zudem ist ein Update des umfassenden SP-Wirtschaftskonzepts geplant, in dem die Digitalisierung auf jeden Fall ausführlicher behandelt werden wird.

Noch wichtiger ist aber, dass die Forderungen des vorliegenden Positionspapiers, auch wenn die Digitalisierung als solche dabei nicht im Vordergrund steht, für eine digitale Wirtschaft im sozialdemokratischen Sinne von zentraler Bedeutung sind. Eine demokratische Wirtschaft, in denen die Politik Rahmenbedingungen im Sinne des Gemeinwohls setzt und die Mitarbeitenden in den Unternehmen mitbestimmen, ist die Voraussetzung dafür, dass die Digitalisierung wirklich zu einer Chance für die Menschheit wird.

Beschluss des Parteitags: Die Rückweisung wird mit 375 zu 59 Stimmen abgelehnt.

Ordnungsantrag der GL zur Behandlung der nachfolgenden Anträge: pro Block wird 1 Debatte geführt, keine Diskussion der von GL zur Annahme empfohlenen Anträge, Beschränkung Anzahl RednerInnen auf 2 RednerInnen pro Antrag.

Beschluss des Parteitags: Ordnungsantrag wird mit grosser Mehrheit angenommen

Diskussion und Behandlung der Anträge A-2 bis A-7 (Einleitung)

Für die GL nimmt Barbara Gysi Stellung

A-2: Adil Koller, Ronja Jansen, Nils Jocher, Jonas Eggmann, Ruedi Brassel: Ergänzung des 2. Absatzes

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-3: Carlo Lepori, SP60+ : Neuer Absatz am Ende vom Kapitel «Dem entfesselten Kapitalismus entgegenzutreten...»

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Es ist ein Grundanliegen der im Papier aufgeführten Massnahmen, die Wirtschaft zurück in die Gesellschaft zu holen, sie nicht als „Selbstzweck“ zu behandeln. Dieses Anliegen ist im Papier auch bereits an verschiedensten Stellen berücksichtigt und es soll in der kurzen Einführung des Präsidenten, die nach dem Parteitag für die finale Fassung erstellt wird, nochmals aufgenommen werden. Weil es sich gleichwohl um ein wirtschaftspolitisches Papier handelt, wird der entsprechende Fokus aber auch als sinnvoll erachtet. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung würde zudem die im Kapitel „Ausgangslage und Einleitung“ angestrebte Argumentation unnötigerweise unterbrochen.

Beschluss des Parteitags: Rückzug des Antrags

A-4: Dominik Fitze, SP Bern Holligen: Ergänzungsantrag im zweitem Absatz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Es ist ein Kernargument des vorgelegten Papiers, dass die klassische Verteilungspolitik im Sinne steuerlicher Rückverteilung auszuweiten resp. um den Aspekt der gerechten Verteilung wirtschaftlicher (Entscheidungs-)Macht zu ergänzen sei. Mit dem Antrag wird ein zusätzliches, gleichzeitig höchst relevantes und äusserst komplexes, Themenfeld geöffnet: Wie „legitim“ und gerecht sind die nationalen Wohlfahrtsstaaten im globalen Norden, wenn man sie in einen globalen Kontext setzt, wenn man die historischen und heutigen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf globaler Ebene in angemessener Weise berücksichtigt? Zur Beantwortung dieser Frage reicht ein Satz aber nicht aus, sie müsste separat und fundiert bearbeitet werden. Dies würde jedoch den Rahmen des vorliegenden Papiers sprengen.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-5: Lewin Lempert, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung mit zusätzlichem Satz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Inhalt des Antrages, der Bruch des historischen Klassenkompromisses, wird im ersten Abschnitt mit anderen Worten thematisiert. Es heisst dort: „Diese Zähmung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert hat das Leben von Millionen von Menschen weltweit verbessert und ist die historische Leistung der Sozialdemokratie. Bereits seit einiger Zeit erleben wir aber dessen erneute Entfesselung. Dadurch werden unsere Errungenschaften gefährdet. Einen besonders deutlichen und folgenreichen Ausdruck finden die – oft unter dem Etikett „neoliberal“ zusammengefassten – Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte in der zunehmenden Ungleichheit.“ Ausserdem würde die Ergänzung – unnötigerweise – die im Abschnitt aufgebaute Argumentation einer Ausweitung der Verteilungsfrage auf Entscheidungsmacht unterbrechen und wäre somit der Verständlichkeit abträglich.

Beschluss des Parteitags: Antrag abgelehnt

A-6: Markus Brandenberger, SP60+: Neuer Satz am Ende vom zweiten Abschnitt vom Kapitel «Die Probleme an der Wurzel packen...»

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Der Inhalt des Antrages wird geteilt. Wir betrachten das Anliegen aber als erfüllt. Es ist, wie der Antragsstellende in der Begründung selbst erwähnt, in Massnahme 6 auch aufgenommen. In der Einleitung soll das Argument herausgearbeitet werden, dass es von zentraler Bedeutung ist, wer in der Wirtschaftssphäre entscheidet. Die Frage der Verteilung von Macht ist dem Ziel von „Guter Arbeit für alle“ quasi vorgelagert. Dieser Aspekt soll in der Einleitung hervorgehoben werden, deshalb braucht es auch eine Fokussierung.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-7: Andrea Scheck, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funciello, Anna Graff, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung Kapitel 1 „Ausgangslage und Einleitung“ durch weiteres Unterkapitel „Eigentum demokratisch denken“

Voten von: Muriel Waeger

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage des (Privat-)Eigentums ist unbestritten wichtig. In diversen Handlungsfeldern des vorliegenden Papiers geht es implizit, wie eigentlich immer in einem wirtschaftspolitischen Kontext, auch um Eigentumsfragen. Mit dem Papier will die SP jedoch einen ausgewogenen Weg zwischen Realpolitik und Vision gehen. Wir wollen von unserem wirtschaftsdemokratischen Weg weder nach rechts in Richtung des Konzepts der „sozialen Marktwirtschaft“ abweichen, noch wollen wir kaum anschlussfähige Debatten am linken Rand aufnehmen.

Beschluss des Parteitags: (Annahme mit 180 zu 172 bei 9 Enthaltungen)

Siehe Rückkommensantrag und neue Abstimmung am Ende der Detailberatung. Ablehnung mit 268 zu 164 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-8 bis A-13 (Mitbestimmung)

Für die GL nimmt Barbara Gysi Stellung

A-8: Dominik Fitze, SP Bern Holligen : Umformulierung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Stossrichtung des Antrages, den Arbeitnehmenden griffige Mitwirkungsrechte in die Hände zu geben, wird unterstützt. Die Frage ist, wie wir am ehesten in diese Richtung weiterkommen. In Sachen Mitbestimmungsrechten kann bis heute Deutschland als Vorreiter und, zumindest was die formalen Rechte anbelangt, auch als Vorbild angesehen werden: Unternehmen, die dem Mitbestimmungsgesetz unterworfen sind, müssen ihre Aufsichtsräte paritätisch besetzen – allerdings kann die Kapitaleseite durch das doppelte Stimmrecht des/der Aufsichtsratsvorsitzenden ihre Interessen im Konfliktfall stets durchsetzen.

In der Schweiz sind wir selbst von solchen Verhältnissen weit entfernt. Die Forderung nach einer ArbeitnehmerInnenmehrheit im Verwaltungsrat ist vor diesem Hintergrund illusorisch. Die Forderung, mindestens einen Drittel des Verwaltungsrates in Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten von Seiten der Mitarbeitenden zu besetzen, scheint der GL ein sinnvolles politisches (Zwischen-)Ziel zu sein, für das sich die SP gemeinsam mit den Gewerkschaften im Hier und Heute einsetzen kann. Weitergehenden Forderungen wird damit auch keine grundsätzliche Absage erteilt, vielmehr geht es um ein schrittweises Vorgehen.

Beschluss des Parteitags: Antrag abgelehnt.

A-9; Fabrizio Sirica, PS Locarno: Proposta di aggiunta alla misura 1**Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung**Begründung:** Die Forderung einer „realen“, substanziellen Präsenz der Mitarbeitenden in den Leitungsgremien ist zweifelslos wichtig und wird geteilt. Für Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist die Forderung auch bereits aufgenommen. Für kleinere Unternehmen erscheint uns eine fixe Quote zum jetzigen Zeitpunkt nicht zwingend, darüber gilt es sich in den weiteren politischen Aushandlungsprozessen zu verständigen.**Beschluss des Parteitags:** Antrag deutlich abgelehnt.**A-10; Thierry Dagaëff, PSV, délégué section de Cossonay – PSRC: remplacer une partie du texte original****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme als redaktionelle Änderung für die französische Version, deutsche Version wird in der vorliegenden Version belassen.**Beschluss des Parteitags:** Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)**A-11; Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funciello, Anna Graff, Lewin Lempert, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung mit zusätzlichem Satz****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss des Parteitags:** Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)**A-12; Arnaud Thièry, délégué PS Lausanne : remplacer une partie du texte original****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Annahme**Beschluss des Parteitags:** Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)**A-13; Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funciello, Anna Graff, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung des Kapitels 2 „Handlungsfelder und Massnahmen: Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ um eine Forderung****Empfehlung der Geschäftsleitung:** Ablehnung.**Begründung:** Das Modell der „Unternehmensverfassung“ ist heute kaum bekannt und nicht anschlussfähig. Es würde einen radikalen Bruch mit den heute dominierenden Vorstellungen und Unternehmensmodellen bedeuten. Die GL verfolgt das Ziel, über das Thema Mitbestimmung schrittweise für mehr Demokratie und damit für eine wirklich nachhaltige Wirtschaft zu sorgen. Dieser anspruchsvolle Prozess hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Leute mitgenommen und nicht überrumpelt werden.**Beschluss des Parteitags:** Antrag abgelehnt.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-14 bis A-18 (Arbeitsbedingungen)

Für die GL nimmt Marina Carobbio Stellung.

A-14: Anna Graff, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funciello, Lewin Lempert, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Streichung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Auch als KonsumentInnen tragen wir eine gewisse Verantwortung. Die Seite der Produktion (inkl. Werbung etc.) ist zwar dominant, sie determiniert unser Verhalten aber nicht. Gerade im privilegierten globalen Norden, und gerade wenn wir über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügen, ergeben sich gewisse Handlungsspielräume beim Konsum. Emanzipierung, Labels, Transparenz tragen dazu bei, dass wir diese Handlungsspielräume nutzen können. Dass Kauf resp. Nicht-Kaufentscheidungen alleine den Durchbruch zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft bringen, ist tatsächlich eine Illusion. Das wird aber auch nirgends behauptet. Es geht einzig um einen Beitrag zu diesem Durchbruch.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-15: Gaétan Nanchen, PSV, délégué KoKo, section de Lausanne : remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-16: Susanne Leutenegger Oberholzer: Einfügen einer neuen Ziffer.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Das Anliegen des Antrags wird geteilt. Wir schlagen folgende Neuformulierung von Punkt 5 vor:

Geschlechtergerechte Wirtschaftsdemokratie: Eine zukunftsfähige, demokratische Wirtschaft bedingt die ökonomische Gleichstellung der Geschlechter. Gerade der Ausbau von Mitbestimmungsrechten ist ein effektives Instrument, um der nach wie vor bestehenden Geschlechtersegmentierung und den damit verbundenen ungleichen Machtverhältnissen in der Wirtschaft entgegenzuwirken. Eine zusätzliche Möglichkeit sind Zielnormen für eine gleichmässige Vertretung von Frauen und Männern auf allen Entscheidungsstufen der Wirtschaft – in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Sektor und in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremien. Eine demokratische Wirtschaft der Zukunft garantiert den Mitarbeitenden zudem gute und auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Arbeitsbedingungen und Arbeitszeitmodelle, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit ermöglichen und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden.

Sowohl Arbeitsbedingungen wie auch Rekrutierung sollen frei von Diskriminierungen sein. Dazu gehört selbstredend, dass keine ungleichen Löhne für gleichwertige Arbeit gezahlt werden.

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-17: Gaétan Nanchen, PSV, délégué KoKo, section de Lausanne : remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Die Ergänzung wird am Ende von Punkt 5 angefügt.

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-18: Zoppi Carlo (Lugano), Ghisletta Andrea (Mendrisio), Roncelli Evaristo (Bellinzona) : Ergänzung mit zusätzlichen Satz am Schluss

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Allgemeine Erwerbsversicherung wird bereits in Punkt 18 (Care-Sektor) aufgenommen.

Bezüglich des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) hat die SP bereits im Abstimmungskampf im Juni dieses Jahres immer wieder gesagt, dass diese Idee sehr wichtige Fragen aufwirft. Wir haben aber auch gesagt, dass uns die Antwort eines BGEs nicht überzeugt. Dies nicht nur, weil angesichts der aktuellen

rechtsbürgerlichen Mehrheit im Parlament die sehr reale Gefahr besteht, dass das BGE genutzt würde, um den Sozialstaat weiter abzubauen.

Vor allem ist für die Sozialdemokratie auch der sinn- und identitätsstiftende Wert der Arbeit von grosser Bedeutung. Wir wollen unseren Einsatz auf Verbesserungen in der Arbeitswelt fokussieren (bessere Arbeitsbedingungen, sinnhafte Arbeit, gerechte Verteilung von Arbeit etc.), damit diese zukunftsfähig, z.B. in Bezug auf die Digitalisierung, und menschenwürdig funktioniert. Um dies zu erreichen, braucht es mehr Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-19 bis A-22 (Service Public / Pensionskasse)

Für die GL nimmt Géraldine Savary Stellung

A-19 : Graziano Pestoni del PS TICINO : sostituire con il seguente:

Voten: Guilhem Kokot

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die wesentlichen Forderungen des Antrages kommen in der von der GL vorgeschlagenen Version vor. Diese wird zudem von der Form her als passender erachtet.

Beschluss des Parteitags: Antrag abgelehnt.

A-20 ; Mathieu Béguelin, section de Neuchâtel ville : remplacer une partie du texte original par la proposition suivante.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die von der GL vorgeschlagene Formulierung wird, gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Auseinandersetzungen, in denen es vor allem darum geht, eine weitere Schwächung und Kommerzialisierung des Service public abzuwehren, als zielführender erachtet.

Die Formulierung „Auch das Verhältnis dieser Unternehmen zum demokratischen Staat, die Frage der staatlichen Einflussmöglichkeiten im Interesse des Gemeinwohls, ist in diesem Kontext offen zu debattieren“ lässt gleichzeitig auch weiterführende Handlungsspielräume für die Zukunft offen.

Beschluss des Parteitags: Abgelehnt mit 204 zu 161 Stimmen bei 9 Enthaltungen.

A-21; Susanne Leutenegger Oberholzer: Rückweisung zur Überarbeitung einer Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Im Antrag werden wichtige Aspekte betont, die allerdings teilweise auch schon integriert sind und die aus Sicht der GL zudem keine Rückweisung erforderlich machen. Folgende Anpassungen werden vorgeschlagen:

Der zweite Satz „Mit ihrer einseitig an Kapitalrendite orientierten Anlagepolitik ...“ soll ersetzt werden durch: „Die paritätischen Mitbestimmungsmöglichkeiten werden heute aber zu wenig genutzt.“

Im Satz „Pensionskassen sind als paritätisch organisierte Stiftungen ...“ soll „oder Genossenschaften“ ergänzt werden.

Der letzte Satz soll ersetzt werden durch: „Um das Machtpotenzial der ArbeiterInnen besser nutzen zu können, braucht es eine bessere Ausbildung und eine gezielte gemeinsame Strategieentwicklung der Lohnabhängigen und ihren Organisationen.“

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-22; Priska Seiler Graf, Corrado Pardini, Jean Christophe Schwaab: Ergänzung mit einem Wort

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Argument, Hauptaufgabe der Pensionskassen sei es „ohne grossen Verwaltungsaufwand“ gute Altersrenten zu finanzieren, erscheint in diesem Zusammenhang etwas zynisch und – insbesondere auch aus einer internationalistischen Perspektive – unsolidarisch. Investitionen in Kleinwaffen mögen sich finanziell auszahlen. Gleichzeitig sind gerade Kleinwaffen – die sehr oft nicht in die Hände von verantwortungsbewussten PolizistInnen geraten, sondern in jene von Warlords in Bürgerkriegen oder von gewalttätigen Gangmitgliedern – die weltweit tödlichsten Waffen. Unseren Pensionskassen solche Investitionen zu untersagen, scheint uns angebracht.

Beschluss des Parteitags: Antrag wurde zurückgezogen.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-23 bis A-27 (Banken, Unternehmensformen, Zukunftsfonds)

Für die GL nimmt Beat Jans Stellung.

A-23; Samira Marti, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Lewin Lempert, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso: Ergänzung des Kapitels 2 „Handlungsfelder und Massnahmen: Mehr Demokratie – Mitbestimmung und Beteiligung ausbauen“ um eine Forderung

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die Themen Währungsspekulation und Devisen- oder Finanztransaktionssteuer sind zwingend international koordiniert anzugehen. In ihrem steuerpolitischen Grundsatzpapier von 2014 fordert die SP, dass die Schweiz gemeinsam mit ihren europäischen Nachbarstaaten eine Finanztransaktionssteuer auf alle Aktien, Obligationen und Derivatetransaktionen einführt. Auf europäischer Ebene ist dieser Prozess nach einem längeren Stillstand im Oktober wieder in Gang gekommen, der Ausgang ist allerdings offen. Eine angemessene Behandlung der Thematik soll im Rahmen des geplanten Updates des umfassenden Wirtschaftskonzepts der SP geschehen.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-24; Susanne Leutenegger Oberholzer: Rückweisung zur Überarbeitung einer Forderung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Mit Punkt 14 soll der Aspekt der Unternehmensrechtform ins Bewusstsein gerufen werden. Eine spezifische Unternehmensrechtform wie bspw. die Genossenschaft ist in der Tat kein Garant für eine demokratische und solidarische Wirtschaftsweise. Dennoch wirken genossenschaftliche Strukturen in die von uns angestrebte Richtung. Diese Überzeugung teilt die Sozialdemokratie seit jeher. Für andere, neuere Rechtsformen, wie bspw. die erwähnte Benefit Corporation, gilt dasselbe. Im Rahmen des Aktionsplanes (siehe Kapitel 3) sollen das Thema resp. unsere Forderungen noch konkretisiert werden.

Der Teilsatz zum Subjektstatus wird gestrichen: ~~die Unternehmen zu einem eigenen Subjektstatus verhilft,~~

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-25; Max Schmid, SP60+ : Ergänzung am Ende

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Die PostFinance soll nicht bloss als Anhängsel der Kantonalbanken behandelt werden, die auch von ihrer Entstehungsgeschichte und ihren Leistungsaufträgen her nicht mit der PostFinance gleichgesetzt werden können. Eine ausführliche Auseinandersetzung mit PostFinance soll im Rahmen des umfassenden SP-Wirtschaftskonzepts geschehen.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-26; Ruedi Brassel, Jonas Eggmann, Felix Eichenlaub, Ronja Jansen, Nils Jocher, Adil Koller: Ergänzung mit einem zusätzlichen Satz

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-27; Arnaud Thiéry, délégué PS Lausanne : biffer une phrase

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Im von der GL vorgeschlagenen Text heisst es, dass es verschiedene Möglichkeiten zur Äufnung eines solchen Fonds gäbe. Kapitalgewinn- oder Bonussteuer sind zwei Optionen. Eine Finanzierung aus dem allgemeinen Steueraufkommen wäre grundsätzlich auch eine Möglich-

keit, gerade in der heutigen Situation würde das aber die ohnehin bestehenden Verteilungskämpfe weiter befeuern.

Der Zukunftsfonds ist zudem ein Instrument, einer demokratischen und solidarischen Wirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen, ähnlich der Idee eines Start-up-Fonds. Auch Unternehmen, die sich einer demokratischen und solidarischen Wirtschaftsweise verschreiben, wollen und sollen – wenn immer möglich – wirtschaftlich selbsttragend sein. Es geht nicht darum, auf alle Ewigkeit von staatlicher Unterstützung „abhängige“ Unternehmen zu schaffen. Das Bild der Rückverteilung ist hier sehr passend. Eine Bonussteuer kann problemlos solange zur Stärkung einer nachhaltigen Wirtschaft eingesetzt werden bis diese Quelle versiegt. Ihr Zweck ist dann erfüllt.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

Diskussion und Behandlung der Anträge A-28 bis A-32 (Neue Ziffern / Bildung)

Für die GL nimmt Fabian Molina Stellung.

A-28; Arnaud Thiéry, délégué PS Lausanne : Chap. II, nouveau chiffre

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung: Das Anliegen des Antragsstellers wird geteilt. Die SP hat ihre ablehnende Haltung gegenüber Freihandelsverträgen wie TiSA oder TTIP z.B. mit der deutlichen Annahme einer Resolution an der Delegiertenversammlung vom 25. April 2015 geäussert. Wie aber sowohl im Vorwort des Präsidenten als auch im ersten Kapitel deutlich gemacht wird, liegt der Fokus dieses Papiers auf der Schweiz, auf den Handlungsspielräumen hierzulande. Auch in der Einführung des Präsidenten für die finale Fassung nach dem Parteitag wird dies nochmals betont werden.

Das vorliegende Papier ist nicht als umfassendes Wirtschaftsprogramm der SP Schweiz gedacht, vielmehr sollen bisher vernachlässigte Aspekte, die es zukünftig verstärkt zu bearbeiten gilt, thematisiert werden. Ein eigener Punkt zu internationalen Freihandelsverträgen wird vor diesem Hintergrund abgelehnt. Die Thematik wird allerdings bereits in Punkt 8 (Service public) sowie, wenn der Empfehlung der GL Folge gegeben wird, in der Einleitung (siehe A-2) aufgenommen. Schliesslich werden wir uns mit den Herausforderungen eines gerechten und nachhaltigen internationalen Handels im Rahmen der Überarbeitung des SP-Wirtschaftskonzepts vertieft auseinandersetzen.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

A-29; Adil Koller, Ronja Jansen, Nils Jocher, Jonas Eggmann, Ruedi Brassel: Einfügen einer neuen Ziffer

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

A-30; Julian Fitze, Nina Schläfli, SP Thurgau: komplette Streichung Punkt 24

Votum: Samira Marti

A-31; Stefan Müller, namens der SP Bern Altstadt-Kirchenfeld: ersatzloses Streichen

Empfehlung der GL zu A-30 und A-31: Ablehnung.

Begründung: Das heute in Schulbüchern vermittelte Wirtschaftswissen basiert grösstenteils auf neoklassischen Theorien, die eben „Theorien“ sind – und zwar in wichtigen Bereichen erst noch stark umstrittene (also nicht anerkanntes Wissen). Davon erfahren SchülerInnen, und vielfach auch Studierende, aber kaum etwas. Ihnen werden wirtschaftliche Zusammenhänge als quasi-natürliche Verhältnisse resp. als einfach zu akzeptierende Realität verkauft. Diese kulturelle Hegemonie, die das neoklassische (und neoliberale!) Denken zum „gesunden Menschenverstand“ werden lässt, ist eines der wesentlichen Probleme für die Linke. Dadurch werden Alternativen zum Status quo verhindert.

Eine Politisierung der Frage, was Wirtschaft überhaupt ist, wie sie funktioniert und welchen Zielen sie folgt, ist eine wichtige Voraussetzung für eine alternative Wirtschaftspolitik. Kommt hinzu, dass das Unbehagen gegenüber dem rein profitorientierten Wirtschaften durchaus sehr breit geteilt wird. Die Menschen merken am eigenen Leib, dass etwas falsch läuft. Was oftmals fehlt, ist aber das Wissen, sind die Fähigkeiten, dieses Unbehagen zu benennen und die richtigen Adressaten für Kritik und Veränderungen zu finden. Hier ist nicht zuletzt Bildung, von der Volksschule bis zur SeniorInnenuniversität, gefragt.

Beschluss des Parteitags: Anträge deutlich abgelehnt.

A-32; Andreas Berz, SP Bern-Nord: Ergänzung

Empfehlung der GL: Annahme.

Beschluss des Parteitags: Annahme (gemäss Ordnungsantrag ohne Diskussion)

Ordnungsantrag auf Rückkommen zu Abstimmung zu A7 (Eigentum) von Jacqueline Badran. Jacqueline Badran vertritt den Ordnungsantrag, Samira Marti nimmt gegen den Rückkommensantrag Stellung.

Für die GL äussert sich Christian Levrat zum Ordnungsantrag. Er befürwortet diesen.

Beschluss des Parteitags zu Rückkommen: Rückkommensantrag deutlich angenommen.

Erneute Abstimmung über Antrag A7: Der Antrag wird mit 268 zu 164 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Schlussabstimmung

Das Positionspapier Wirtschaftsdemokratie wird sehr deutlich angenommen.

Ordnungsantrag der GL: Verschiebung der Roadmap Europa auf Sonntag als Traktandum 14

Beschluss des Parteitags: Annahme mit grosser Mehrheit.

9. Roadmap Europa

Wurde aufgrund des Ordnungsantrages auf Sonntag verschoben.

10. Auftritt von Bundesrätin Simonetta Sommaruga

http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/rede_simonetta_sommaruga_def.pdf

11. Schlussrede von Gastreferent Jean Asselborn

Rede von Jean Asselborn, Aussenminister und Minister Immigration und Asyl Luxemburg.
http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/rede_asselborn.pdf

12. Div. Mitteilungen und Schluss des ersten Verhandlungstages

Andrea Arezina erläutert die USR III Kampagne. Foto- und Videoperformance mit den Teilnehmenden des Parteitages.

Beschlussprotokoll des Zukunftsparteitags der SP Schweiz Sonntag, 4. Dezember 2016 in Thun

13. Eröffnung des zweiten Verhandlungstages

Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern und Marianne Dumermuth, Gemeinderätin, Vorsteherin der Direktion Stadtentwicklung, Grossrätin, eröffnen den zweiten Verhandlungstage.

14. Wahlen

Wahl Präsidium

Rede Christian Levrat mit Auslegeordnung zur Positionierung und zum Zustand der SP.

Albert Anor, SP Genf vermisst eine wirkliche Bilanz der Erfolge des Präsidiums und daraus folgend ein klares Programm für die vielen Punkte, die durch die rechte Mehrheit im Land politisch infrage gestellt sind. SP soll sich mehr nach links ausrichten und kämpferischer werden. Wird sich selber bei der Wahl enthalten.

Ausser Fabian Molina stellt sich das gesamte Vize-Präsidium wieder zur Wahl. Fabian verabschiedet sich mit einer Rede und wird mit grossem Applaus verabschiedet.

Als Nachfolge für Fabian Molina hat sich für das Vize-Präsidium Tamara Funciello beworben. Tamara hält eine kämpferische Bewerbungsrede.

Beschluss des Parteitags: Christian Levrat wird mit wenigen Enthaltungen und einer stehenden Ovation für eine weitere Amtsdauer wiedergewählt.
Die bisherigen VizepräsidentInnen werden in globo mit Applaus wiedergewählt.
Tamara Funciello wird mit wenigen Enthaltungen als Vizepräsidentin gewählt.

Wahl der vom Parteitag direkt gewählten Mitglieder der GL

Alle gewählten Mitglieder (Filippo Rivola, Mario Carera, Vera Ziswiler) stellen sich zur Wiederwahl.

Beschluss des Parteitags: Filippo Rivola, Mario Carera und Vera Ziswiler

Ordnungsantrag der GL zur Diskussion um die Zukunft der SP Schweiz: Angesichts von 16 eingegangenen Wortmeldezettel zum Antrag 25 beim Papier zur Zukunft der SP Schweiz, schlägt die GL vor, die Wortmeldungen auf je 3 Voten zu beschränken. Lewin Lempert hält ein flammendes Votum dagegen.

Beschluss des Parteitags: Der Ordnungsantrag der GL wird abgelehnt.

15. Roadmap Europa

Diskussion und Verabschiedung des von der DV verschobenen Kapitels V: „Der nächste Schritt: Eine multilaterale Einbindung mit demokratischer Mitentscheidung“.

Einführung durch Roger Nordmann und gleichzeitig Auslegeordnung zum Stand der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Claudia Friedl erläutert die Geschichte der Rückweisung von Antrag 10 an der DV von La Chaux-de-Fonds.

A-1: SP Sektion Bern Altstadt Kirchenfeld (Barbara Geiser): neue These 10

Voten: Peter Vollmer, Stellungnahme GL durch Christian Levrat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Begründung: Der Antrag der SP Sektion Bern Altstadt Kirchenfeld ist in der Roadmap bereits erfüllt. Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds hat bereits mit der Verabschiedung des überwiegenden Teils der Roadmap das Beitrittsziel der Partei bekräftigt. In Kapitel I, Die Position der SP zur Europafrage steht im ersten Satz: „Die SP ist die einzige Partei, die sich seit Jahren für eine Öffnung der Schweiz, die Normalisierung der Beziehungen zur EU und einen Vollbeitritt ausspricht. ...“

Damit hat die SP Schweiz ihre Forderung aus dem Parteiprogramm auch in der Roadmap bestätigt. Ziel und Zweck der vorliegenden Roadmap ist es, die Voraussetzungen und die nächsten Schritte hin zur Erreichung dieses strategischen Ziels zu definieren.

Eine Beitrittsdiskussion liegt zurzeit in weiter Ferne, wie die Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds festgestellt hat. Die EU ist nach dem Brexit in einer schwierigen inneren Auseinandersetzung, sie ringt selbst darum, die Beziehungen zu einem ihrer wichtigen Mitgliedsländer neu zu definieren. In der Schweiz hat uns die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative in der Europadebatte um Jahre zurückgeworfen.

Jetzt geht es zunächst darum, die Fundamente der bisherigen Schweizer Europapolitik, die Bilateralen Verträge, wieder zu befestigen. Es darf nicht sein, so haben wir in La Chaux-de-Fonds gemeinsam festgestellt, dass die Integrationspolitik durch die EU-kompatible Umsetzung des Verfassungsartikels 121a quasi „eingefroren“ wird. Vielmehr zeigt die vorliegende Roadmap den Weg zu einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Beziehungen über den bilateralen Rahmen hinaus auf. Sie ist damit eine deutliche Absage an den schleichenden Isolationsprozess, der von der Rechten propagiert wird.

Vor diesem Hintergrund ist der Antrag abzulehnen. Um aber die Grundsatzposition der SP auch in der These 10 zu bekräftigen, schlägt die Geschäftsleitung vor, im erläuternden Text den abschliessenden Satz hinzuzufügen: „Letztlich aber wird uns erst der EU-Beitritt zur verlässlichen multilateralen Partnerschaft und zu vollen Mitentscheidungsrechten verhelfen.“

Beschluss des Parteitags: Deutliche Annahme des modifizierten Antrags der GL.

A-2: Jean-Claude Rennwald (Courrendlin/JU): Umformulierung

Voten: Michel Zimmermann, Andreas Burckhard, Stellungnahme GL durch Géraldine Savary.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Siehe Begründung Antrag A-1

Eine Beitrittsdiskussion liegt zurzeit in weiter Ferne, wie die Delegiertenversammlung in La Chaux-de-Fonds festgestellt hat. Die EU ist nach dem Brexit in einer schwierigen inneren Auseinanderset-

zung, sie ringt selbst darum, die Beziehungen zu einem ihrer wichtigen Mitgliedsländer neu zu definieren. In der Schweiz hat uns die Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative in der Europadebatte um Jahre zurückgeworfen.

Jetzt geht es zunächst darum, die Fundamente der bisherigen Schweizer Europapolitik, die Bilateralen Verträge, wieder zu befestigen. Es darf nicht sein, so haben wir in La Chaux-de-Fonds gemeinsam festgestellt, dass die Integrationspolitik durch die EU-kompatible Umsetzung des Verfassungsartikels 121a quasi „eingefroren“ wird.

Die in der Begründung zum Antrag Rennwald aufgestellten Forderungen sind in der Roadmap, insbesondere in Kapitel VI, Für ein sozialdemokratisches Europa, bereits erfüllt. Die Geschäftsleitung ist überzeugt, dass sich die EU im Rahmen der Neuverhandlungen der Beziehungen zu Grossbritannien neu organisieren und wichtige Weichenstellungen vornehmen wird. Die genaue Entwicklung ist noch nicht absehbar, birgt grosse Risiken aber auch gewisse Chancen für eine Vertiefung der Beziehungen.

Die SP möchte, dass sich die Schweiz aktiv in diesen Prozess einbringt und Wege und Mittel sucht, um über den bisherigen engen, bilateralen Rahmen ihrer Beziehungen hinaus einen weiteren Integrationsschritt zu wagen.

Beschluss des Parteitags: Antrag deutlich abgelehnt.

Schlussabstimmung

Die Roadmap Europa wird sehr deutlich angenommen.

R-1 der GL: Für die Wiederherstellung guter Beziehungen zur EU

Keine Wortmeldungen

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird deutlich angenommen mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen.

R-2 SP Genf

Voten: Michel Zimmermann, Matthieu Béguelin, Stellungnahme für die GL durch Christian Levrat.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die Geschäftsleitung hält am Beitrittsziel der Partei fest, wie es auch an der Delegiertenversammlung vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds bestätigt worden ist. Mit der Roadmap (siehe separate Anträge) will die Geschäftsleitung ja gerade den gegenwärtigen schleichenden Isolationsprozess, in den die Schweiz von rechter Seite getrieben werden soll, aufhalten und durchbrechen, um eine Weiterentwicklung und Vertiefung der Beziehungen der Schweiz zur EU trotz des schwierigen Umfelds in der EU (nach dem Brexit) und der Schweiz (nach dem JA zur Masseneinwanderungsinitiative) zu realisieren.

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird deutlich abgelehnt.

16. Projekt Zukunft SP

Leyla Gül führt in das Papier ein.

4 unbestrittene Ziele:

1. SP ist und bleibt Mitgliederpartei
2. Stärkung Kampagnen und Mobilisierungsfähigkeit
3. Anpassung der Strukturen wo nötig
4. Sicherstellung der mittel- und langfristigen Finanzierung

Im Zentrum stehen die Mitglieder.

Ordnungsantrag von Stéphane Montangero: Umstellung der Abstimmungsreihenfolge. Zuerst über die Annahme der Unternehmensspenden abstimmen und erst dann über die Erhöhung der Mitgliederbeiträge.

Empfehlung der GL: Ablehnung
Die beiden Fragen hängen nicht zusammen.

Beschluss des Parteitags: Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Votum Ruedi Tobler

Antrag 1 der GL: Änderung von Art. 6 Sektionen, Statuten SP Schweiz

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 2 der GL: Änderung Art. 7 Kantonalparteien, Statuten SP Schweiz

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 3 der GL: Implementierung einer Arbeitsteilung und von verbindlichen Grundsätzen für die Mitgliedergewinnung

Stellungnahme für die GL durch Fabian Molina

Änderungsanträge zu Antrag 3 der GL

A-3.1: Brigitte Kuratli, SP Rorschach (begründet von Margrit Zürcher)

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Da Legislaturen nicht überall gleich lang oder synchron sind, macht eine solche starre Regelung keinen Sinn.

Beschluss des Parteitags: A-3.1 abgelehnt.

A-3.2 Brigitte Kuratli, SP Rorschach

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Die Geschäftsleitung hält am ursprünglichen Antrag fest, wonach die Sektionen den Kantonalparteien sowohl die für die Mitgliedergewinnung verantwortliche Person als auch die Massnahmen mitteilt. Eines der wichtigen Ziele des angestrebten Prozesses ist der Erfahrungsaustausch über die Mitgliedergewinnungsmassnahmen. Dies setzt voraus, dass die Erfahrungen eben auch an die zuständigen Ebenen der SP Schweiz und der Kantonalparteien weitergegeben werden.

Beschluss des Parteitags: A-3.2 abgelehnt.

A-3.3 Aline Masé (SP QV Spalen), Berfim Pala (SP QV Spalen), Reto Weibel (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Roland Lötscher (SP Riehen-Bettingen), Dariyusch Pour Mohsen (SP Basel-Stadt)

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Die GL hält am ursprünglichen Antrag fest, da sie es nicht zielführend und effektiv betrachtet, nur die Ziele zu definieren, nicht aber auch die dazugehörigen Massnahmen. Zudem teilen wir die Einschätzung, dass die Sektionen zum Teil über ein sehr grosses Knowhow in Bezug auf die Mitgliederentwicklung verfügen und es wäre schade, wenn sie dieses nicht auch aktiv teilen würden, so wie es der Prozess vorsieht.

Beschluss des Parteitags: A-3.3 abgelehnt.

A-3.4 Fabio Trombetta, Simon Vog (SP Wädenswil)

Empfehlung der GL: Ablehnung.

Es ist nicht die Absicht der SP Schweiz – und sicherlich auch nicht der Kantonalparteien – sich in die Hoheit der Sektionen einzumischen oder sie gar zu gängeln. Wenn die Mitgliedergewinnung (und -bindung) aber zur Kern- und Daueraufgabe erklärt werden soll, was angesichts der seit 20 Jahren sinkenden Mitgliederzahlen dringend nötig ist, braucht es gewisse Minimalstandards, die für alle gelten sowie Verantwortliche. Davon ausgehend, dass die meisten Sektionen beides ohnehin haben, geht es primär darum, die Kantonalparteien und die SP Schweiz darüber zu informieren. Die Hauptintention des Prozesses ist, dass die SP Schweiz den Sektionen möglichst gute und brauchbare Dienstleistungen im Bereich der Mitgliedergewinnung zur Verfügung stellen und den Sektionen und Kantonalparteien dort Unterstützung geben kann, wo diese wirklich gebraucht wird. Und das geht wiederum nur durch einen Austausch bzw. das Weiterleiten von guten Beispielen oder auch solchen, die nicht funktioniert haben. Darüber hinaus geht es darum, die wichtigsten Prozesse – beispielsweise den Eintrittsprozess von Neumitgliedern zu überprüfen und wenn nötig zu verbessern. Auch das geht nur im Austausch der verschiedenen Ebenen.

Beschluss des Parteitags: A-3-4 abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 3 der GL genehmigt.

Antrag 4 der GL: Implementierung einer Arbeitsteilung und von verbindlichen Grundsätzen für die Einbindung neuer und bisheriger Mitglieder auf Sektionsebene

Änderungsanträge zu Antrag 4 der GL

A-4.1: Aline Masé (SP QV Spalen), Berfim Pala (SP QV Spalen), Reto Weibel (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Roland Lötscher (SP Riehen-Bettingen), Dariyusch Pour Mohsen (SP Basel-Stadt)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung siehe oben A-3.4, die auch für die Mitgliederbindung gilt.

Beschluss des Parteitags: A-4.1 ist abgelehnt

A-4.2: Fabio Trombetta, Simon Vog (SP Wädenswil)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung siehe oben A-3.4, die auch für die Mitgliederbindung gilt.

Beschluss des Parteitags: A-4.2 ist abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 4 der GL genehmigt.

Antrag 5 der GL: Parteitagsbeschluss betreffend Direktmitgliedschaft als Möglichkeit auf kantonaler Ebene einführen

Leyla Gül nimmt für die GL Stellung.

Gegenantrag zu Antrag 5 der GL:

A-5.1: Aline Masé (SP QV Spalen), Berfim Pala (SP QV Spalen), Reto Weibel (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Sandra Eichenberger (SP QV Horburg-Kleinhüningen), Dariyusch Pour Mohsen (SP Basel-Stadt)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Mit der Direktmitgliedschaft auf kantonaler Ebene soll die Sektionsmitgliedschaft keinesfalls konkurrenziert werden – nach Ansicht der GL nach wäre dieses Risiko mit der aktiven Bewerbung des Sympi-Status deutlich grösser.

Eine Direktmitgliedschaft auf kantonaler Ebene, wie sie die meisten Kantonalparteien auch bereits kennen, dient in erster Linie dazu, eine Mitgliedschaft bei der SP nicht zu verunmöglichen, wenn die Person in einer Gemeinde wohnt, in der es keine SP-Sektion gibt.

Beschluss des Parteitags: A-5.1 abgelehnt.

Zusätzliche Anträge zu Antrag 5 der GL:

Voten: Martin Pfister, Edith Siegenthaler, Claudio Marti,

A-5.2: SP AI

A-5.3: Claudio Marti, SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

A-5.4: Sylvie Krattinger, PS Prilly

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-5.2 bis A-5.4

Die GL hat sich in der Vernehmlassungsphase des Projektes intensiv mit anderen Mitgliedschaftsformen wie der Direktmitgliedschaft auf nationaler Ebene auseinandergesetzt. Die von den Antragsstellenden formulierten Chancen werden von einem Teil der GL zwar geteilt: dass die SP mit der Möglichkeit einer Direktmitgliedschaft ein bisher brachliegendes Potential erschliessen würde.

Insgesamt überwogen jedoch die Risiken: Dass eine neue Mitgliedschaftsform zu einer Konkurrenzierung und somit Schwächung der Sektionsmitgliedschaft führen könnte.

Falls die Anträge 5.2-5.4 eine Mehrheit finden, befürwortet die GL die Annahme des Änderungsantrags, wonach die SP Schweiz nach drei Monaten über das neue Direktmitglied informieren soll.

Beschluss des Parteitags: Antrag 5.3 obsiegt in der Ausmehrung gegen die Anträge 5.2 und 5.4, wird dann aber abgelehnt.

A-5.5: Stefan Müller, SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: „**Die SP Schweiz informiert im Rahmen ihrer bestehenden Möglichkeiten immer wieder auf die Möglichkeiten des Engagements auf nationaler Ebene.**“

Diese Massnahme ist sinnvoll und wird bereits heute durchaus auch umgesetzt. Die SP Schweiz kann jedoch nicht über die regionalen und kantonalen Möglichkeiten informieren.

Beschluss des Parteitags: A-5.5 modifiziert angenommen.

Beschluss des Parteitags: Antrag 5 der GL genehmigt.

Antrag 6 der GL: Änderung Art. 24, Abschnitt 4, Die Urabstimmung, Statuten SP Schweiz

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Zusätzlicher Antrag 7 Tamara Funciello et al betr. Ur-Abstimmung bei Bundesratsnominati- onen

Voten: Tamara Funciello, Kévin Butthey, Stellungnahme der GL durch Roger Nordmann.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

An der DV vom 1.12.2012 wurde eine gleichlautende Resolution diskutiert. Die damalige Begründung für die Ablehnung hat noch immer Gültigkeit: So lange das wählende Gremium der Bundesräte die Vereinigte Bundesversammlung ist, sind Primaries systemfremd. Darüber hinaus sprechen die folgenden Gründe für die Nichteinführung von Vorwahlen:

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament würde die Chance nutzen, genau jeneN KandidierendeN abzulehnen, die von der Partei in einem Primaries-System erkoren wurde.

KandidatInnen aus einer kulturellen, sprachlichen oder regionalen Minderheit würden geschwächt. KandidatInnen, die über eine mediale Bekanntheit oder über sehr effiziente Mittler verfügen, würden gestärkt. Mit dem jetzigen System können diese Ungleichheiten vermieden werden.

Die einzige Partei, die entsprechend dem Parlament einen Kandidaten aufzwingen wollte, war die SVP. Wir würden dabei der gleichen Logik folgen und dem Parlament, die Wahl entziehen.

Der vorliegende Vorschlag ist so von der Verfassung nicht vorgesehen. Vor allem der einhergehende Fraktionszwang ist damit eigentlich nicht zu vereinbaren. Die einzige Möglichkeit wäre, das

jetzige Vorschlagsrecht der Geschäftsleitung durch eines der Basis zu ersetzen. Eine Kontrolle für ein entsprechendes Wahlverhalten unserer Fraktion gäbe es so aber nicht.

Dieses Modell würde unsere Bundesräte nicht an die Partei annähern – ganz im Gegenteil. Wir würden unsere Bundesräte direkt bei der Basis legitimieren. Es wäre so viel schwieriger einen geordneten regelmässigen Austausch zwischen Geschäftsleitung und Bundesratsmitgliedern zu ermöglichen.

Beschluss des Parteitags: Antrag sehr deutlich abgelehnt.

Antrag 8 der GL: Änderung von Art. 1, Ziele, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 9 der GL: Änderung von Art. 8, Die SP Frauen, Statuten SPS 1

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 10 der GL: Änderung von Art. 3, Mitgliedschaft, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 11 der GL: Änderung von Art. 10, SP60+, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 12 der GL: Ergänzung eines neuen Art. 10 a, SP MigrantInnen, Statuten SPS

Votum Mustafa Atici, Präsident SP MigrantInnen

Stillschweigend genehmigt

Antrag 13 der GL: Änderung von Art. 3, Mitgliedschaft, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 14 der GL: Änderung von Art. 4, Paritätische Vertretung der Geschlechter, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 15 der GL: Änderung von Artikel 11, Die Organe der Partei, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 16 der GL: Änderung von Art. 12, Absatz 2, Der Parteitag, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 17 der GL: Änderung von Art. 15, Die Delegiertenversammlung, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

¹ Die Mitgliederversammlung der SP Frauen vom 20. Februar 2016 hat beschlossen, die SP Frauen in SP Frauen* Schweiz umzubenennen. Der Stern im Namen der SP Frauen steht dabei für die Öffnung der SP Frauen* für alle Personen, die sich – unabhängig ihres bei der Geburt eingetragenen Geschlechts und ohne Rücksicht auf die vorherrschenden gesellschaftlichen und sozialen Normen – als Frauen verstehen.

Änderungsantrag zu 17 der GL: Änderung von Art. 15, Die Delegiertenversammlung, Statuten SPS

A-17.1: Tim Cuénod, SP Gundeldingen-Bruderholz

Votum Tim Cuénod, Stellungnahme GL Géraldine Savary

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Die GL findet es nicht zweckmässig, die bestehende Praxis zu ändern bzw. die Kontingente zu erhöhen, wenn bereits die bestehenden bei weitem nicht ausgeschöpft werden. Heute werden rund 450 Einladungen zur DV verschickt und es kommen max. 200 Personen an die Delegiertenversammlung. Mit etwas mehr DV-Disziplin würde hier das in der Begründung erwähnte Ziel erreicht werden.

Beschluss des Parteitags: A-17.1 mit 117 zu 209 Stimmen abgelehnt.

Antrag 18 der GL: Änderung von Art. 16, Die Koordinationskonferenz, Statuten SPS

Keine Voten – stillschweigend genehmigt

Antrag 19 der GL: Änderung von Art. 17, Die Geschäftsleitung, Statuten SPS

Gegenantrag zu Antrag 19 der GL:

A-19.1: Stefan Müller, namens der SP Bern Altstadt-Kirchenfeld

Votum Stefan Müller, Stellungnahme GL Leyla Gül

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Die Geschäftsleitung teilt die Ansicht der Sektion, dass die GL als strategisches Organ der SP Schweiz mit aktuell 21 Personen relativ gross ist. Der Unterschied zwischen der aktuellen Lösung und der vorgeschlagenen (25 Personen) ist jedoch so minim, dass sie zu vertreten ist.

Beschluss des Parteitags: A-19.1 abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 19 der GL genehmigt.

Antrag 20 der GL: Änderung von Art. 15, Zuständigkeit der Delegiertenversammlung und Artikel 17, Zuständigkeit der Geschäftsleitung, Statuten SPS

Stellungnahme für die GL durch Leyla Gül

Gegenanträge zu Antrag 20 der GL:

A-20.1: Edith Siegenthaler, Michael Sutter (SP Stadt Bern)

Votum Edith Siegenthaler

A-20.2 : Marianne de Mestral, SP60+

Votum Marianne de Mestral

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung A-20.1 und 20.2

Die GL hält an ihrem Antrag fest, dass eine Kompetenzverschiebung betreffend Verabschiedung der Reglemente der Organe aus sinnvoll ist und die Rolle der DV als vorab politisches Gremium stärkt. Je mehr organisatorische Zuständigkeiten die DV regeln muss, desto weniger kann sie ihre eigentliche politische Funktion wahrnehmen und über die Inhalte in Form von Positions- und Themenpapieren sowie strategisch-inhaltliche Entscheide der SP befinden.

Beschluss des Parteitags: Anträge werden mit 180 zu 137 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 20 der GL genehmigt.

Antrag 21 der GL: Änderung von Art. 20, Das Zentralsekretariat, Statuten SPS

Änderungsantrag zu Antrag 21 der GL:

A-21.1: Cédric Wermuth (SP Aargau)

Votum Leo Keller

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Das Anliegen ist berechtigt und nachvollziehbar, doch deckt die aktuelle Formulierung unter Punkt c. nach Ansicht der GL das Anliegen des Antragsstellers genügend ab. Die explizite Erwähnung dieser Aufgabe im Zweckartikel zum Zentralsekretariat ist im Vergleich zu den anderen aufgeführten Kernaufgaben des Zentralsekretariats jedoch zu spezifisch; die Flughöhe der einzelnen Aufgaben wäre so nicht mehr wirklich gewahrt, wenn eine spezifische Aufgabe so stark betont werden würde.

Beschluss des Parteitags: Antrag zurückgezogen.

Beschluss des Parteitags: Antrag 21 der GL genehmigt.

Antrag 22 Eric Nussbaumer et al: Änderung von Art. 25, Parteifinzen, neuer Abschnitt 8, Statuten SPS

Voten: Eric Nussbaumer, Stéphane Montangero, Leyla Gül nimmt für die GL Stellung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Die GL teilt die Analyse der Antragsstellenden, dass die SP Schweiz im Vergleich zu den europäischen Schwesterparteien ein Manko in Bezug auf parteinahe Stiftungen oder Vereine aufweist, auch wenn die Situation nicht eins zu eins vergleichbar ist (z.B. staatliche Parteienfinanzierung).

Trotz unterschiedlichen Rahmenbedingungen und finanziellen Möglichkeiten ist die GL jedoch der Ansicht, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür ist, den Grundsatzentscheid für eine parteinahe Stiftung oder einen Verein zu treffen, welche die Arbeit der Partei in einer sinnvollen Weise ergänzt, indem sie die Möglichkeit schafft, die Bildungs- und Grundlagenarbeit auszuweiten und damit einen realen Mehrwert zu schaffen.

Die konkrete Ausgestaltung in Bezug auf den Stiftungszweck, die Finanzierung, etc. mittels Reglement wird Aufgabe der Geschäftsleitung sein.

Beschluss des Parteitags: Antrag 22 deutlich angenommen.

Antrag 23 der GL: Erhöhung der Abgabe an die SP Schweiz von 55 auf 65 Franken pro Mitglied

Voten David Roth, Theo Füeg, Timur Akcasayar, Claudio Marti, Leyla Gül, für die GL nimmt Christian Levrat Stellung.

Änderungsanträge zu Antrag 23 der GL:

A-23.1: Edith Siegenthaler, Michael Sutter (SP Stadt Bern)

A-23.2: Timur Akcasayar, SP Bümpliz/ Bethlehem

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Anträge 23.1 und 23.2.

Die GL hält am Antrag betreffend Erhöhung der Abgabe pro Mitglied um 10 Franken, von heute 55 auf neu 65 Franken fest. Der Handlungsbedarf der SP Schweiz in Bezug auf die Parteifinanzen ist gross. Während wir vor rund 10 Jahren mit Budgets von rund 4,5 Mio. Franken ausgestattet waren, sind es heute noch rund 3,8 Mio. Franken. Bei fast gleich bleibendem Dienstleistungsangebot wurden kontinuierlich Einsparungen gemacht und Ausgaben reduziert, insbesondere im Bereich der Kampagnen.

Der Hauptgrund für die finanzielle Entwicklung sind die seit 20 Jahren sinkenden Mitgliederzahlen – ein Trend, der in ganz Europa für alle Parteien zu beobachten ist. Für die SP Schweiz bedeutet dies jedoch 1:1 weniger Geld.

Ohne einschneidende Massnahmen in Bezug auf die Kernaufgaben und/oder das Dienstleistungsangebot sind keine Einsparungen mehr möglich. Anders formuliert: Wenn das Dienstleistungsangebot in etwa aufrecht erhalten und die SP weiterhin kampagnen- und initiativfähig bleiben soll, braucht es Budgets im Umfang von 3,8 bis 4 Mio. Franken sowie eine moderate Reserve von rund 1 Million Franken, um auf ungeplante Herausforderungen reagieren zu können. Ansonsten droht eine grosse Verzichtsplanung bei den Projekten, Dienstleistungen und/oder den Kampagnen der SP Schweiz. Die Erhöhung der Abgabe pro Mitglied trägt diesem Umstand Rechnung.

Beschluss des Parteitags: A-23.1 und A-23.2 deutlich abgelehnt.

A-23.3: Fabio Trombetta, Simon Vog (SP Wädenswil)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Es geht nicht darum, von den Neumitgliedern zwei Jahre lang keinen Beitrag einzuziehen, sondern darum, dass die Abgabe an die SP Schweiz für das angebrochene und das darauffolgende Jahr nicht entrichtet werden muss. Dies im Sinne eines kleinen Anreizes, Neumitglieder zu werben.

Beschluss des Parteitags: A-23.3 deutlich abgelehnt.

Gegenantrag zu Antrag 23 der GL:

A-23.4: Lukas Horrer (für SP Graubünden und SP Luzern)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Begründung siehe auch oben A-23.1 und 23.2.

Die SP Schweiz hat zwei grosse Einnahmequellen: Die Beiträge der Mitglieder und die Spenden der SympathisantInnen. 90 Prozent aller Einnahmen setzen sich aus diesen beiden Quellen zusammen und beide sind rückläufig, wobei die Spenden im Vergleich zu 2013/14 auf höherem Niveau stabilisiert werden konnten. Insofern würde eine Überarbeitung des Finanzreglements nichts bringen: Es geht nicht, ohne bei den beiden Haupteinnahmequellen anzusetzen. Hier sei auch auf die Informationen in der Begründung zu den Anträgen 26 verweisen.

Beschluss des Parteitags: A-23.4 deutlich abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 23 der GL genehmigt.

Antrag 24 der GL: Einsetzen einer Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die heute unterschiedlichen Beiträge massgeblich zu vereinfachen.

Voten: Kristina Schüpbach, Anna Viola Bleichenbacher, Andrea S. Fuchs-Müller, Edith Siegenthaler
Leyla Gül nimmt für die GL Stellung.

Gegenanträge Antrag 24 der GL

A-24.1: Brigitte Kuratli, SP Rorschach

A-24.2: Edith Siegenthaler, Michael Sutter (SP Stadt Bern)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Die GL hält an ihrem Willen, einen Schritt in Richtung Harmonisierung der Mitgliederbeiträge zu tun, fest. Es ist ihr bewusst, dass der Weg dahin nicht einfach sein wird, aber die heutige Situation ist unhaltbar. So heterogene Beiträge, wie sie die SP schweizweit kennt, widersprechen einem der Grundprinzipien einer NGO fundamental: Der Zugang zum Beitritt soll möglichst einfach hürdenfrei sein. Wenn man einer interessierten Person nicht sagen kann, was ein Beitritt kostet, ist das nach Ansicht der GL eine grosse Hürde.

Beschluss des Parteitags: A-24.1 und A-24.2 deutlich abgelehnt.

Beschluss des Parteitags: Antrag 24 der GL genehmigt.

Antrag 25 der GL: Einmalige Annahme der Unternehmensspenden von Credit Suisse, Axa Winterthur und Swiss und Einsatz für die USR3-Kampagne

Gegenanträge zu Antrag 25 der GL

A-25.1: Christian Boesch, Präsident SP Bern-Nord, Delegierter der Sektion

A-25.2: Brigitte Kuratli, SP Rorschach

A-25.3: Reto Weibel (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Aline Masé (SP QV Spalen), Moritz Weisskopf (SP QV Gundeli-Bruderholz), Iris Meier (SP Basel-West), Dariyusch Pour Mohsen (SP Basel-Stadt), Beda Baumgartner (JUSO Schweiz), Markus Christen (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Berfim Pala (SP QV Spalen), Sandra Eichenberger (SP QV Horburg-Kleinhüningen), Lukas Wiss (SP QV Clara-Wettstein-Hirzbrunnen), Hanna Bay (SP Prattigau), Samira Marti (JUSO Schweiz), Brigitte Hollinger (SP Basel-Stadt)

A-25.4: Stéphane Montangero, Président du PS Vaud

Voten dafür: Philipp Wilhelm, Mehmet Oezdemir, Lukas Horrer, David Roth

Voten dagegen: Samira Marti, Stéphane Montangero, Angelo Barrile, Margrit Zürcher, Meret Herger, Adil Koller, Amanda Gavilanes, Hanna Bay, Reto Weibel, Susanne Leutenegger Oberholzer, Matthieu Béguelin, Fabrizio Sirica

Roger Nordmann nimmt für die GL Stellung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Anträge 25.1 – 4.

In der Vernehmlassung an die Kantonalparteien vom März/April 2016 beantragte die GL, dem Parteitag die Annahme der als bedingungslos deklarierten Spenden der Unternehmen Axa Winterthur, Credit Suisse und Swiss vorzulegen. Aufgrund mehrheitlich kritischer Rückmeldungen der VernehmlassungspartnerInnen wurde diese Massnahme nicht ins Antragsheft vom 11. August 2016 integriert.

Dass die GL auf die Unternehmensspenden zurückkommen und an ihrem Antrag vom 2.11. festhalten will, hat einen Grund: Die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform 3. Im Juni hat die SP gegen die Gesetzesreform das Referendum ergriffen; aktuell befinden wir uns mitten im Abstimmungskampf. Zwar kommt das Referendum erst im Februar 2017 zur Abstimmung, doch bereits jetzt ist klar, dass die GegnerInnenseite mindestens 25 Mal so viele Geldmittel in die Kampagne einsetzen kann – in eine Kampagne notabene, die zu den wichtigsten der Legislatur zählt.

Nach Ansicht der Mehrheit der GL hat die Annahme der Spendengelder von Credit Suisse, Axa Winterthur und Swiss und deren einmalige Verwendung für die USR3-Kampagne zwei Vorteile: Erstens stärkt sie die Kampagnenmöglichkeiten des Komitees gegen die USR3 substantiell. Und zweitens hätte eine einmalige Spendenannahme keine strukturellen Auswirkungen und damit auch keine Abhängigkeiten zur Folge, da das Geld in bezahlte Werbung fliessen würde. Handkehrum würde die Annahme der Spende die Parteifinzen mittel- und längerfristig nicht entlasten.

Beschluss des Parteitags: Antrag 25 der GL abgelehnt.

Zusätzliche Anträge 26 betr. Mandatsabgaben sowie Beitrag der SP-Bundeshausfraktion

A-26.1: Lewin Lempert, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Kévin Buthey, Gian Luca Bonanomi, Dario Engeloeh, Tamara Funicello, Anna Graff, Samira Marti, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Muriel Waeger, Juso

A-26.2 und 26.3: Brigitte Hollinger, Präsidentin SP Basel-Stadt, Adil Koller, Präsident SP Baselland, David Roth, Präsident SP Luzern, Mattea Meyer, SP-Fraktion Bundesversammlung, Reto Weibel, Parteikassier SP Basel-Stadt, David Gallusser, SP Bern-Nord

Voten von Lewin Lampert, David Roth, Mattea Meyer, Margrith Beyeler, für die GL nimmt Beat Jans Stellung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung der Anträge 26.1 und 26.2. sowie 26.3

Gemäss Statuten, Art. 17 fällt die Festlegung der sog. Sonderbeiträge in die Zuständigkeit der GL. An ihrer Sitzung vom 28.10. hat die GL beschlossen, parallel zum Antrag der Abgabe pro Mitglied um 10 Franken auch die Mandatssteuern per 1.1.2017 um zwei Prozentpunkte zu erhöhen:

BundesrätInnen sowie Bundes- und VizebundeskanzlerInnen: 5 auf 7%

BundesrichterInnen: 4 auf 6%

BundesverwaltungsrichterInnen, BundesstrafrichterInnen und ErsatzrichterInnen: 3 auf 5%

Bei der obigen Erhöhung war der GL wichtig, dass die beiden Erhöhungen – Abgabe pro Mitglied und Mandatsabgaben – in Bezug und Abstimmung aufeinander passieren. Nach Ansicht der GL erfüllt der Entscheid vom 28.10. dieses Kriterium, weshalb die GL daran festhält und die Anträge 26.1 und 26.2 zur Ablehnung empfiehlt. Alle sollen einen Anteil zur Sanierung der Parteifinanzen bei, jedoch in angemessener Art und Weise und keine Erhöhung passiert auf Kosten oder auf dem Rücken einer bestimmten Gruppe.

Der Antrag betr. SP-Fraktion muss mit Blick auf die Einheit der Materie gesondert behandelt werden (A-26.3); die GL empfiehlt ihn aus formellen Gründen zur Ablehnung.

Die SP Schweiz und die SP-Bundeshausfraktion sind gemäss Statuten zwei unterschiedliche Organe; der Parteitag der SP Schweiz hat in diesem Sinne keinerlei Weisungs- oder Entscheidkompetenzen über die Gelder der Fraktion. Allerdings ist hier festzuhalten, dass die Fraktion sich in gutem Einvernehmen bereit erklärt hat, den Beitrag für die zukünftigen Wahlen massgeblich zu erhöhen. Diese Massnahme entlastet das Parteibudget um 240'000 Fr. pro Legislatur.

Beschluss des Parteitags: Der Antrag 26.1 wird in der Ausmehrung gegen 26.2 und 26.3 deutlich abgelehnt. Die Anträge 26.2 und 26.3 werden mit 184 zu 149 Stimmen bei 6 Enthaltungen gutgeheissen. Auch in der Frage der Beiträge der Bundeshausfraktion folgen die Delegierten der GL.

Zusätzlicher Antrag 27 betr. Vorbildrolle der SP Schweiz als wirtschaftsdemokratisches Unternehmen

A-27: Lewin Lempert, Tamara Funicello, Beda Baumgartner, Hanna Bay, Andrea Blättler, Andreas Burger, Miriam Dürr, Jonas Eggmann, Sandra Eichenberger, Dario Engeloeh, Anna Graff, Ronja Jansen, Nils Jocher, Dominik Kramer, Samira Marti, Simeon Marty, Dario Schai, Andrea Scheck, Kristina Schüpbach, Florian Vock, Muriel Waeger

Voten: Beda Baumgartner, Lewin Lempert, Ursula Marti und Christian Levrat für GL

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: „Bei ihrem nächsten Treffen prüfen die Verhandlungspartner SP und VPOD, wie die Mitwirkung der Mitarbeitenden ausgebaut werden kann, sofern dies eine Mehrheit der Mitarbeitenden wünscht. Grundlage dafür bilden die Ergebnisse der Vorarbeiten eines Ausschusses der MitarbeiterInnen der SP Schweiz. Ebenso sollen bei der nächsten Evaluation der Pensionskasse Alternativen geprüft werden, wobei neben ethischen Überlegungen auch die Konditionen für die SP und die Mitarbeitenden massgeblich sind.“

Auch wenn vorab festzuhalten ist, dass die Begriffe Wirtschaft und Unternehmen im Kontext einer Partei als Arbeitgeberin nicht passen, ist die GL davon überzeugt, dass die SP Schweiz mit ihrem fortschrittlichen GAV bereits heute eine Vorbildrolle in Bezug die Wirtschaftsdemokratie einnimmt.

Zweitens empfiehlt die GL dringend, sich mit Blick auf die Rechtssicherheit aller Beteiligten und Betroffenen, an die im GAV beschriebenen Kriterien und das vorgesehene Prozedere zu halten. Die Anstellungsbedingungen, Mitwirkungsrechte und Löhne der Mitarbeitenden der SP Schweiz im GAV zwischen der SP Schweiz resp. SP-Fraktion der Bundesversammlung (Arbeitgeberin) und dem VPOD (ArbeitnehmerInnenverband) geregelt; die Einzelarbeitsverträge der rund 35 Angestellten der SP Schweiz basieren darauf. Änderungen des GAV können nicht einseitig beschlossen werden, sondern brauchen das gegenseitige Einverständnis der Vertragspartner.

Schliesslich weist die GL darauf hin, dass es eben gerade nicht den (wirtschafts-)demokratischen Prinzipien entspricht ist, wenn die Angestellten dazu aufgefordert werden, mehr Mitsprache haben zu wollen.

Beschluss des Parteitags: Modifizierter Antrag der GL sehr deutlich angenommen.

Zusätzlicher Antrag 28 betr. Solidaritätsprozent

A-28: Cédric Wermuth (SP Aargau)

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung.

Die SP Schweiz ist eine politische Partei, deren Ziel es ist, die Schweiz gerechter, solidarischer und sozialer zu gestalten. Insbesondere dafür wollen wir Abstimmungs- und Wahlkampagnen gewinnen und insbesondere dafür setzen wir unsere Finanzmittel ein – das wird auch gegenüber den Spenderinnen und Spendern so vermittelt. Eine starke SP-Fraktion im Bundeshaus kommt im Übrigen auch der Entwicklungshilfe, die seit Jahren unter Dauerbeschuss steht, zugute.

Beschluss des Parteitags: Antrag zurückgezogen.

R-3 CoRo: Klärung der Statuten der SP Schweiz betreffend die Lancierung oder die Unterstützung von Referenden

Voten: Gaetan Nanchen, Samira Marti, Amanda Gavilanes, Joëly Brüttsch, für die GL nimmt Beat Jans Stellung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Die Resolution wird deutlich angenommen.

17. Feminismus und Sozialdemokratie: Gemeinsam für das gleiche Ziel

Input der Co-Präsidentinnen der SP Frauen*, Cesla Amarelle und Natascha Wey.
Wird aus Zeitgründen auf die nächste Delegiertenversammlung (Eröffnung) verschoben.

18. USR III

Reden der Finanzdirektorinnen Yvonne Beutler (Winterthur) und Florence Germond (Lausanne) und anschließende Diskussion auf dem Podium.

Parolenfassung USR III für die Abstimmung vom 12.2.17

Voten: Albert Anor, Christina Zanini, Martine Docourt

Empfehlung der Geschäftsleitung: NEIN-Parole

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Zustimmung zur NEIN-Parole

19. Parolenfassung zu den eidg. Abstimmungen vom 12.2.17

Erleichterte Einbürgerung von Personen der 3. Generation

Votum Ada Marra

Stellungnahme der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss des Parteitags: Einstimmige Zustimmung zur JA-Parole

Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs fonds NAF

Voten: Philipp Hadorn, Corine Bolay Mercier, Stéphane Montangero,

Stellungnahme der Geschäftsleitung: NEIN-Parole

Beschluss des Parteitags: Die NEIN-Parole wurde mit 168 zu 36 Stimmen beschlossen. In der Gegenüberstellung der NEIN-Parole gegen Stimmfreigabe wurde deutlich die NEIN-Parole beschlossen.

20. Anträge und Resolutionen

R-4 Juso Schweiz, SP60+ und SP Frauen*: Altersreform 2020: Bis hierher und nicht weiter?

Votum von Carlo Lepori

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen.

R-5 SP International: Für eine aktive Vertretung der progressiven Interessen und Anliegen der AuslandschweizerInnen

Votum von Gaëlle Courtens

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen.

R-6 SP Genf: Dublin-Abkommen: Die Schweiz darf keine Familien mehr trennen

Votum von Amanda Gavilanes

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Resolution wird einstimmig angenommen.

R-7 SP Orbe und Umgebung: Für eine Stärkung der Kaufkraft

Kein Votum

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Begründung: Die Geschäftsleitung unterstützt das Anliegen, sowohl die Mietausgaben als auch die Ausgaben für die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) besser in den Landesindex der Konsumentenpreise zu integrieren. Was die Mietausgaben angeht, sind die Mieten bereits in der Rubrik Wohnen und Energie enthalten. Es muss also in erster Linie abgeklärt werden, wie die tatsächlichen Verhältnisse besser im Konsumentenpreisindex abgebildet werden können. Die Partei wird sich in einem ersten Schritt vor allem dafür einsetzen, die Krankenkassenkosten zu integrieren. Dazu hat sie bereits eine Interpellation von Nationalrätin Barbara Gysi eingereicht (Pa. Iv. 16.469).

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen

R-8 der GL: Türkei: Für Frieden, Freiheit und Menschenrechte!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen.

R-9 Islam Alijaj: Aktionsplan zum Thema Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Kein Votum

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss des Parteitags: Resolution wird angenommen.

21. Varia

Gina la Mantia erinnert an den verstorbenen Giovanni Orelli.

Werner Kallenberger macht auf den Kongress Reclaim Democracy aufmerksam und weist auf die Unterlagen der Vollgeldinitiative hin.

Für das Protokoll: Carsten Schmidt und Simon Roth, 4. Dezember 2016